

# „Von der Flurbereinigung zur Flurbereicherung“

## Umweltschützer klopfen vor der Wahl die Parteien auf Positionen zum „Megathema Wasser“ ab

Regensburg/Landkreis. Am Freitagabend fand in Regensburg eine mäßig, aber hochkarätig besuchte Podiumsdiskussion derjenigen Parteien statt, die für den Landtag kandidieren. Eingeladen hatte die Donau-Naab-Regen-Allianz (Donarea), ein regionaler Dachverband von Umweltschutzverbänden. Zur Debatte stand das Forderungspapier „Heimat lebendig erhalten und nachhaltig gestalten“, das angesichts eines beschleunigten Artensterbens, von Bodenerosion und neuartigen Risiken wie Mikroplastik oder Sturzfluten ein Scheitern der bisherigen Umweltpolitik auf breiter Linie attestiert. Auf ihre Lösungsansätze hin gefragt, gaben fast alle Kandidaten mehr oder weniger vorhersehbare Antworten. Bis auf die CSU; deren Listenkandidatin, die Kreisbäuerin Rita Blümel erklärte, sie verstehe die ganze Aufregung um aussterbende Arten wie Rebhuhn oder Kiebitz in der Landkreis-Flur nicht: „Mir gefällt's!“



Landrätin Tanja Schweiger würdigte Dr. Josef Paukner und die Donau-Naab-Regen-Allianz: „Alles, was sie machen, hat Hand und Fuß.“



Zahlreiche Vertreter von Behörden und Umweltschutzverbänden wollten wissen, wie die sieben in Bayern etablierten Parteien sich die Zukunft der Gewässerschutzpolitik vorstellen. Gekommen waren die Kandidaten Rita Blümel (CSU), Tobias Gotthardt (FW verspätet), Jürgen Mistol (Grüne), Christoph Skutella (FDP), Richard Spieß (Linke), Benedikt Suttner (ÖDP) und Margit Wild (SPD). Mit am Podium saß auch Dr. Christian Magerl.

Fotos: Nopper

Bis zu diesem Statement, dem ersten übrigens in einer Reihe von insgesamt sieben Diskussionsbeiträgen, hatte der Abend im Anglerbundheim einen gemächlichen Anfang genommen. Tagsüber fand eine Pächtagung statt, zu der zahlreiche Behörden wie das Amt für Ländliche Entwicklung, das Wasserwirtschaftsamt, das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und die Regierung der Oberpfalz ihre Experten entsandten, um zusammen mit dem Bund Naturschutz, dem Landesbund für Vogelschutz, dem Kanuverband und etlichen weiteren, durchaus mitgliederstarken Verbänden, Konsequenzen aus dem aktuell stattfindenden Massensterben zu ziehen. Auch Hochwasserschutz und Bodenerosion sowie eine Aufrüstung der Kläranlagen mit einer vierten Stufe gegen Mikroplastik und Medikamente waren Themen – der Artenschwund und der Gewässerschutz standen jedoch als resultierendes Phänomen, als „Megathema“ über allem. Viele dieser Experten waren nun auch am Abend erschienen.

beschriebenen Zustände und obwohl der Text von einem CSU-Ministerium stamme, „kann man ihn zu 100 Prozent unterschreiben.“ Alles nötige Wissen und auch die Lösungen lägen auf dem Tisch, „Mia wissat'n scho wia's geht“, jedoch hätten Landes- und Bundesregierung wieder und wieder zentrale Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie hinausgezögert, sodass zuletzt in einer Studie die Gewässerqualität in Bayern als überwiegend schlecht eingestuft wurde.

### Landrätin lobt Paukner und die Donarea

„Wenn Freiwilligkeit versagt, muss Ordnungsrecht greifen“ brachte es dann Dr. Josef Paukner, Sprecher der Donarea auf den Punkt. Derselbe Paukner, der es schon fertig gebracht hat, dass die Regensburger ihren einst gefürchteten, ja geradezu verhassten 100-jährlichen Hochwasserschutz mitgestalten durften und die einst verbotenen städtischen Flussufer heute als ökologische Bereicherung und neu geschaffenes Naherholungsgebiet schätzen und genießen.

### Viele kleine Maßnahmen für Lohn und Lebensraum

Eine ähnliche Konsenslösung wolle man nun mit der Landwirtschaft erreichen. Landrätin Tanja Schweiger lobte Paukner und die Donarea für deren vorbildliche Arbeit bei der Schaffung von Win-win-Situationen: „Alles, was Sie machen, hat Hand und Fuß.“ Und so lesen sich die zentralen Ideen

auch beinahe wie ein Terminkalender einer Landkreisbehörde: Projekte wie Bodenständig hätten großartige Ergebnisse gezeigt und sollten landesweit umgesetzt werden. Der Vertragsnaturschutz, wie ihn der Landschaftspflegeverband praktiziert, müsse deutlich ausgeweitet werden, damit mehr Struktur entlang der Gewässer dritter Ordnung – Gräben und Bäche – entsteht und damit Tiere und zugleich viele kleine Landwirtschaftsbetriebe ein dauerhaftes Auskommen finden. Rückhaltung von Starkregen in der Fläche wäre hier ein willkommenes Nebenprodukt.

### Künstlichen Stickstoff unrentabel machen

Künstlicher Stickstoff dagegen solle so besteuert werden, dass die Gülle vom Nachbar lukrativ werde und ein halbwegs natürlicher Nitratgehalt zum gelingenden Trinkwasserschutz beitrage. Ausreichende Gewässerrandstreifen müssten rigide kontrolliert und Erosionsschäden bei Nichtbeachtung nach dem Verursacherprinzip beglichen werden. Der Einsatz von Pestiziden solle nach und nach eingestellt werden, da die langfristigen Auswirkungen der Agrarchemie kaum abschätzbar seien; vielleicht könne man so dem Insekten- und Bienensterben abhelfen. Die drei Neonikotinoide, die die EU heuer verboten habe, seien lediglich die Spitze eines ganzen Eisbergs an Wirkstoffen, gab der Grüne Magerl zu bedenken.

All dies müsste man eigentlich nicht mehr schreiben, man darf es als bekannt voraussetzen. Kaum

eine Jagdversammlung gibt es mehr, in der nicht der Verlust des Niederwilds beklagt wird und keine Imkerversammlung, wo nicht gebangt und gehofft wird – falls irgendwer meinte, der Artenschwund sei ein Hirngespinnst von Kerndlfressern und Akademikern. Und entsprechend erwartbar waren die Aussagen der Podiumsteilnehmer:

Die Freien Wähler wollen die bäuerliche Landwirtschaft durch regionale Wertschätzung vor dem Druck der Lebensmittelkonzerne schützen. Man könne nicht von heute auf morgen auf Pestizide verzichten, die hochwertigen Produkte der kleinen Betriebe stellten aber einen eigenen kulturellen Wert da, also solle man sinnvolle Ratschläge gegenseitig Ernst nehmen, forderte Tobias Gotthardt.

Der Grüne Jürgen Mistol will die Landwirtschaft verstärkt als Auftragsnehmer der Landschaftspflege an Vorgaben binden und verspricht im Gegenzug „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Auch der Flächenfraß müsse eingedämmt werden, das Volksbegehren dazu sei ja bereits auf dem Weg.

Christoph Skutella von der FDP berichtete von einem Freund, dem bürokratische Hürden es fast unmöglich machten, einen konventionellen Betrieb zu einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft zurückzubauen – hier sollten steuerliche Anreize geschaffen werden, „für eine neue Generation, die Landwirtschaft anders denkt“.

Richard Spieß von den Linken kritisierte die mangelnde internationale Solidarität, „dass heimische Bauern mit Sklavenarbeitern in Südeuropa konkurrieren müssen“. Richard Spieß von den Linken kritisierte die mangelnde internationale Solidarität, „dass heimische Bauern mit Sklavenarbeitern in Südeuropa konkurrieren müssen“. Er forderte, dass die regionale Produktion nicht mehr aus Kostendruck zum Einsatz von Antibiotika und Spritzgiften gezwungen sei.

### Volksbegehren könnten träge Politik umgehen

Benedikt Suttner von der ÖDP forderte – wie es auch in der Broschüre der Donarea steht – keine neuen Versprechen und Bündnisse, sondern schlicht und einfach die Umsetzung dessen, was bereits zugesagt sei. Scheitere dies, würden Gesetzentwürfe per Volksbegehren das Nichtstun abstrafen, wie auch schon beim Nichtraucherschutz. Suttner warb für das derzeit laufende Begehren „Rettet die Bienen“, in dem viele gute Forderungen aufgenommen seien.

Margit Wild von der SPD schließlich betonte, dass jeder einzelne Bürger seine Verantwortung für den Umweltschutz erkennen müsse und das geschehe unter anderem bei Hochwasserkatastrophen. „Renatu-

rieren, Retentionsflächen schaffen und nicht mehr in Landschaftsschutzgebiete bauen“, das sei quasi allgemeiner Bildungsauftrag.

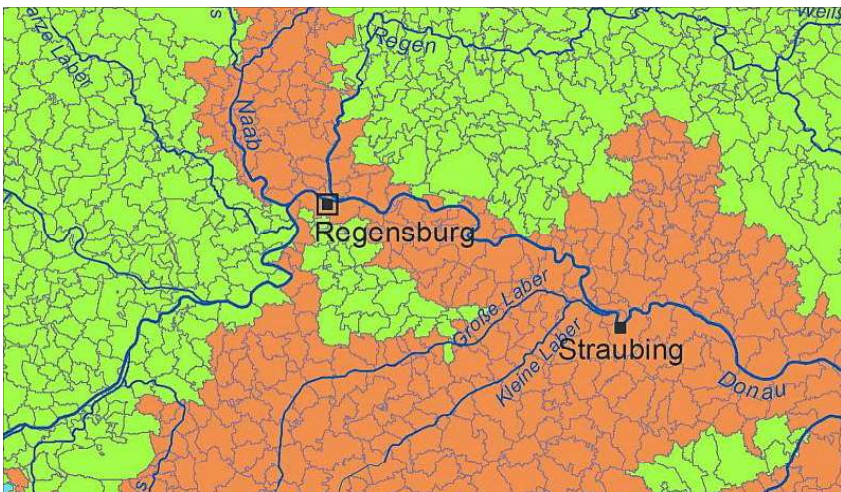
Lediglich eine Diskussionsteilnehmerin sorgte vorübergehend für konsternierte Blicke und ungläubiges Schweigen. Rita Blümel, die Listenkandidatin der Landkreis-CSU für den Landtag, sagte im Brustton der Überzeugung, sie könne die ganze Aufregung um Artenvielfalt und Gewässerverschmutzung nicht verstehen. Bei ihr zusaue in Schierling sei die Welt trotz roter Nitrat-Zone in Ordnung und: „Mir gefällt's!“ Das Insektensterben zog sie insgesamt in Zweifel: „Warum haben wir dann heuer so viel Obst, wenn es ein Bienensterben gibt?“ Die „pauschale Verurteilung“ sorge nur dafür, dass die Bauern die Freude an der Arbeit verlieren: „Wir könnten alle auch etwas anderes machen.“

### Kreisbäuerin „Pestizid ist doch kein Gift“

Dies war, wie gesagt, das erste Statement der Runde. Gotthardt und die übrigen Gesprächsteilnehmer versuchten durchaus, Blümel aus ihrer selbst gewählten Defensivhaltung zu holen – immerhin wolle niemand die gute Arbeit sehr vieler Landwirte schlechtdenken. Es gebe aber auch solche, die auf sinnvolle Maßnahmen pfeifen und es mit dem Einsatz von Dünger und Spritzgiften übertrieben – und es müsste halt Ordnungsrecht greifen, wo Freiwilligkeit nachweislich versage. Das liege doch unzweifelhaft auch im Interesse der Mehrheit der Bauern. Doch Blümel legte nach und erklärte – ausdrücklich auch als gewählte Vertreterin ihres Berufsstandes – gegenüber unwillig stauenden Regierungsbeamten und Verbandsvertretern, ein Großteil davon selbst Naturwissenschaftler: „Pestizid ist doch kein Gift.“ Ohne Schädlingsbekämpfungsmittel gebe es praktisch von heute auf morgen nichts mehr zu essen. Fungizide oder Glyphosat hätten schließlich „eine Zulassung, so wie ein Medikament. Das ist doch Wissenschaft. Da müssen wir uns doch drauf verlassen können.“ –nopp-

### Das Positionspapier

Das Positionspapier „Heimat lebendig erhalten“, in dem die Donau-Naab-Regen-Allianz ihre Vorschläge für vernetzten Trinkwasser-, Arten- und Hochwasserschutz unterbreitet, kann als PDF mit dem abgebildeten QR-Code kostenlos geladen werden.



Die vom bayerischen Umweltministerium beauftragte Rot-Kartierung nitratverseuchter Gebiete, wo besonders strenge Düngemaßnahmen nötig werden, wurde als allgemein wertvoll gelobt. Grafik: AELF